

## POSTFACH

„Mein Gott“, entfährt es Jürgen Malyssek aus Wiesbaden im neuen Postfach, „hat denn Sigmar Gabriel keine anderen Probleme, als mit der Kürzung des Kindergeldes für EU-Ausländer ein altes Fass aufzumachen?“ Das sind so Fragen! Auch Manfred Kirsch aus Neuwied stellt sie sich und attestiert dem Minister „eine nur noch schwer zu verarbeitende Sprunghaftigkeit, gepaart mit Opportunismus und einer Brise Populismus“. Noch mehr Fragen? Hier: „Was bitte soll man mit einem solchen Artikel anfangen?“, fragt Armin Deußner aus Hadamar anlässlich von Berichterstattung über ein Handyverbot an Schulen. Man weiß es nicht. Keine Fragen, dafür aber Ahnung hat Franz Heimrich aus Bad Homburg, und zwar von künstlicher Intelligenz und Computern. Weitere Fragen? „Lassen sich Lügen verbieten?“, fragte Christian Bommarius im FR-Leitartikel. Klaus Philipp Mertens gibt die Antwort im Postfach: Nein, aber man kann es ihnen schwer machen. „Es ist darum höchste Zeit, die sozialen Netzwerke zu entwaffnen“, fordert er. Doch Vorsicht: „Falschnachrichten findet man nicht nur im Internet“, behauptet Christian Karsen aus Andernach, der sich über unsere Polen-Berichterstattung ärgert. Könnte das hier so eine Falschnachricht sein? „Es gibt keine deutsche, sondern nur eine europäische Leitkultur – nämlich den Humanismus.“ Das fehlte noch! Urheber dieses Satzes, der natürlich Fragen aufwirft und im Postfach nicht fehlen darf, ist Sigurd Schmidt aus Bad Homburg. Und auch hieran sei erinnert: „Wie heißt es so schön im Amtseid der Minister?“, fragt Horst Weitzel aus Frankfurt im Casus einer hessischen Ministerin, die keinen Schadenersatz zahlen muss. Noch Fragen? Dann fragen Sie mit: [frblog.de/postfach-19012017](http://frblog.de/postfach-19012017) Ihr Bronski

## Mehr „Bürgerbau“ geht derzeit nicht

Bauprojekte: „Gute Planung, schlechte Planung“, FR-Meinung vom 13.1.

Bei allem Richtigen, was Nikolaus Bernau schreibt, die Unfassbarkeit der Steuerverschwendungen bei Kulturprojekten sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene – bei seinem Negativbeispiel für „Bürgerbauten“ im letzten Absatz lässt er doch Fachkenntnis vermissen. Ausgerechnet das Berliner Schloss, dessen Inneres das Humboldt-Forum bilden wird, ist eines der ganz wenigen, wenn nicht das einzige Kulturprojekt Deutschlands das sowohl im Kosten- als auch im Zeitrahmen liegt.

Hinzu kommt, dass die Außen- und Hoffassaden, welche eine exakte Nachbildung der seinerzeit weltberühmten Barockfassaden Andreas Schlüters darstellen werden, mitnichten durch Steuern, sondern vielmehr freiwillig von den Bürgern gespendet werden. Ich glaube, mehr „Bürgerbau“ als beim Berliner Schloss geht derzeit wirklich nicht. Auch nicht in Frankfurt, München oder Hamburg.

Bertram Hock, Oberusel



## Bronski ist Ihr Mann in der FR-Redaktion

Schreiben Sie an: Bronski, Frankfurter Rundschau 60266 Frankfurt am Main Faxen Sie an: 069 / 2199-3666 Mailen Sie an: [Bronski@fr.de](mailto:Bronski@fr.de) oder [Leserbrief@fr.de](mailto:Leserbrief@fr.de)

## Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann. Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

## FR ERLEBEN

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu aktuellen Themen des vergangenen Vierteljahres. 23. Januar, 20 Uhr Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Peter Hanack moderiert die Podiumsdiskussionen „Anspruch und Wirklichkeit von Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen“ und „Wer schützt Schüler und Lehrer vor der zunehmenden Hate Speech?“ Auf dem Podium neben anderen: Bernd Saur, Vorsitzender des Philologenverbands Baden-Württemberg, Thomas Schenk, Kultusministerium. Zweite Diskussion: Psychotherapeut Joachim Bauer, Landesschülersprecher Joachim Straub. 16. Februar, 13.30 bis 14.45 Uhr und 15 bis 16.15 Uhr Didacta, Forum Bildung, Halle 1, Stand 1H71, Stuttgart

Peter Hanack sucht nach der richtigen digitalen Strategie für die Bildungspolitik. Es diskutieren unter anderem: Ilka Hoffmann (GEW), Klaus Hebborn (Deutscher Städtetag) und Ilas Körner-Wellershaus (stellvertretender Vorsitzender des Verbandes Bildungsmedien). 17. Februar, 12 bis 13.15 Uhr didacta, Forum Bildung, Halle 1, Stand 1H71, Stuttgart

Lutz „Bronski“ Büge liest aus seinem Roman „Virenkrieg“ und stellt seine neuen Romane „Die JFK-Akten“ und „Skylia – Virenkrieg II“ vor. Veranstaltung von Pro Lesen e.V. 18. Mai, 19 bis 20.30 Uhr Bibliothekszentrum Sachsenhausen, Hedderichstr. 32, Frankfurt

## Die Sprache der Fakten

Wagenknecht : „Linkspartei auf Crash-Kurs“, FR-Politik vom 10. Januar

## Linke aus dem Osten sind anders

Die Aufregung über Sarah Wagenknechts vermeintlichen Versuch, „rechts im Trüben zu fischen“ offenbart, wie mir scheint, ein Defizit unserer ansonsten so hochgelobten und mit erheblichen Steuermitteln für eigens eingerichtete staatliche Stellen betriebene Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Ich kann mir gut vorstellen, dass Sarah Wagenknecht überhaupt nicht versteht, was ihr vorgeworfen wird. Für sie ist, wie für viele Linke aus dem Osten, Linkssein kein Hinderungsgrund, sich gegen die Integration von Ausländern zu stellen; denn sie ist in der DDR groß geworden. Da ist ihr beigebracht worden, was Linkssein bedeuten sollte: von der Sowjetunion siegen lernen, die sozialistische Heimat DDR lieben, gut lernen und arbeiten und den Klassenfeind hinter der Elbe hassen. Ausländer und Probleme mit ihnen gab es in der DDR nicht, also auch keine Regeln für den Umgang mit ihnen. Das, was wir Westdeutschen seit Anfang der 1960er Jahre von unseren Gastarbeitern mühsam lernen mussten, nämlich dass Ausländer Menschen sind, haben die DDR-Bürger verpasst.

Und noch ein zweiter Lernprozess, den wir nach den Ausschwitzprozessen und der 1968er Studentenrevolte durchmachen mussten und der bis heute anhält, die Loslösung vom fest in der deutschen Volksseele eingefressenen nationalsozialistischen Herrenmenschentum, fand in der DDR nicht statt. Offiziell gab es in der DDR keine Nazis, die waren alle 1945 in den Westen geflohen, also gab es für die DDR-Macher keinen Grund, dieses Thema überhaupt ernsthaft zu behandeln. Die Basis des DDR-Bewusstseins war der staatlich verordnete Antifaschismus! Ende der Diskussion! Junge DDR-Bürger haben nie gelernt, was das NS-Gedan-

kengut überhaupt ausgemacht hat. Die Negierung der NS-Vergangenheit war ein nicht unwesentlicher Fehler des SED-Regimes, der mit dazu beitrug, die Fundamente des sozialistischen Staates auf deutschem Boden nie voll tragfähig werden zu lassen.

Bei aller Kritik an ihren Äußerungen sollten wir bedenken, woher Sarah Wagenknecht stammt. Sie war am Ende der DDR 20 Jahre alt. Linke aus dem Osten sind anders als Linke aus dem Westen. Peter Bläsing, Bonn

## Die Linke riskiert weiteren Wählerabgang

Die Partei „Die Linke“ meint, das Erstarken der AfD und die Politikverdrossenheit mit sozialer Ungerechtigkeit erklären zu können, und sieht hier auch den Ansatz, ihr entgegenzuwirken. Doch sprechen die Fakten nicht eine andere Sprache? Die AfD erhielt immer stärkeren Zuspruch nach Angela Merkels Flüchtlingsentscheidung im September 2015. Die Gründe scheinen eher in diesem Bereich zu finden zu sein. Die Wahlbeteiligung stieg seitdem relativ stark an. Es scheint also ein vermehrtes Interesse an Politik zu bestehen, welche nicht zur Verdrossenheit passt. Solange sich die Linke all zu sehr einzig auf das Ungerechtigkeitsproblem konzentriert, riskiert sie, auch im Osten, weiteren Wählerabgang. In der Wahrnehmung der Wähler scheint eine andere, neue Priorität vorzuherrschen. Während Grüne und linke SPDler innerhalb ihrer Stammwählerschaft etwa mit Anti-Rechts- und Pro-Flüchtlings-Wahlkampf punkten können, dürfte dieser Ansatz für die Linken innerhalb ihrer Wählerschaft ungleich schwerer umzusetzen sein. Frau Wagenknecht scheint das verstanden zu haben.

Werner Arning, Mörfelden-Walldorf

Diskussion: [frblog.de/wagenknecht-2](http://frblog.de/wagenknecht-2)

## Mensch ist zur Eigenverantwortung aufgerufen

Wie mit dem IS umgehen? Erwiderung auf „Selbstkritisches Eingeständnis der Schuld“, Leserforum vom 13. Januar

Friedrich Gehring aus Backnang verortet die Diagnose der „Krankheit“ Terrorismus in systemischen Ungerechtigkeiten der Gesellschaft, also der generell in Religionen angelegten Tendenz zur Instrumentalisierung religiöser Überzeugungen zu gewalttätigen Zwecken. Nicht das einzelne Individuum trage wirklich die Schuld für seine Taten, sondern ein verhängnisvoller Allgemeinzusammenhang von Gewaltdisposition, also das, was die US-amerikanische Philosophin und Soziologin Susan Neiman (Universität Potsdam) als „das Böse schlechthin“ bezeichnet. Den Deutschen sei laut Gehring vorzuwerfen, dass sie mit der Mitgliedschaft in der Nato US-amerikanische Menschenverbrechen unterstützen. Gehring sagt wörtlich: Es gelte die eigene Schuld einzugestehen, also das Unterworfensein unter die Erbsünde.

Theologisch kann man durchaus eine Argumentation wie die von Friedrich Gehring nachvoll-

ziehen, aber sie widerspricht radikal dem Realitätsprinzip. Ohne individuelles Strafrecht kann keine Gesellschaftsordnung existieren. Was die Terroristen anbelangt, geben sie zwar vor, gegen die pervertierte Konsumgesellschaft und gegen eine aus ihrer Sicht völlig verfehlte Liberalität zu kämpfen. Aber das religiös-

## DEBATTE

FR-Leser Sigurd Schmidt aus Bad Homburg hat einen Fünf-Punkte-Plan gegen den „Islamischen Staat“ vorgelegt.

FR-Leser Friedrich Gehring aus Backnang verfolgt einen anderen Ansatz und widersprach: Wir Deutschen müssen „uns um den Balken im eigenen Auge kümmern“.

Wo ist der „goldene Weg“, der mehr Sicherheit einbringt, ohne dass wir unsere Freiheiten aufgeben müssten?

Debatte: [frblog.de/sicherheit-2](http://frblog.de/sicherheit-2)

## Demagogisches Talent

Mélenchon: „Wir suchen die Kraftprobe“, FR-Politik vom 14.1.

Ihr Interview mit Jean-Luc Mélenchon vermittelt den trügerischen Eindruck, dass der Präsidentschaftskandidat des „Front de gauche“ als aufrechter Sozialist und als Freund Deutschlands hehre Absichten verfolgt.

Sein wahres Gesicht zeigt Mélenchon in einem 2015 erschienenen Buch mit dem vielversprechenden Titel „Le hareng de Bismarck – le poison allemand“ (Der Bismarckhering – das deutsche Gift). Es handelt sich dabei um ein Pamphlet, das von antideutschen Ressentiments nur so strotzt.

Sprachlich erinnert es teilweise an revanchistische Schriften aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg (Paul Déroulède), inhaltlich greift es vertraute Argumente der DDR-Propaganda auf, die durch kritische Thesen der europäischen Linken zur bundesrepublikanischen Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik ergänzt werden.

Mélenchon behauptet, dass diese Politik wie ein Gift wirkt, das den europäischen Partnern den Atem nehmen soll, um sie für Deutschlands wirtschaftliche Interessen gefügig zu machen. Wenn er sich in seinem Interview als germanophil bezeichnet, fragt man sich, wem diese Sympathie gilt – allenfalls den Altgenossen der SED und der PDS.

Noch im letzten Jahr hat Mélenchon bei öffentlichen Auftritten wiederholt die rhetorischen Frage gestellt: „Wer möchte schon in einem Land wie der Bundesrepublik leben?“

Nach dem Zusammenbruch der DDR hat Mélenchon übrigens Venezuela zum Land seiner Träume und seinen Präsidenten Hugo Chávez zu seinem politischen Vorbild erkoren. Man darf gespannt sein, wie weit ihn sein demagogisches Talent im Wahlkampf bringt.

Thomas Ollig, Frankfurt

kulturanthropologische Mäntelchen verdeckt doch nur, dass die Terroristen auf dem totalen Ego-Trip sind. Diese meistens jüngeren Männer sind von ihren Familien und von ihrem gesellschaftlichen Umfeld nicht sozialisiert worden und erleben in der Vernichtung unschuldiger Mitmenschen eine Art persönlicher Ekstase. Gegen diese Ekstase wirkt die Arznei der Barmherzigkeit aber nicht.

Übrigens stellt auch die Verwendung der begrifflichen Moralleule, der Kapitalismus sei an allem schuld, eine Art Verdinglichung des Bösen: also den Balken im eigenen Auge, dar. Demgegenüber hat die Aufklärung die Erkenntnis zutage gefördert, dass der zuvor unmündige Einzelmensch zur Eigenverantwortung aufgerufen ist. Dabei muss aber ein normatives System wie das der Demokratie auch militant verteidigt werden, sonst obsiegt die Permissivität der Intoleranz!

Sigurd Schmidt, Bad Homburg